

## Referat zur Kreismitgliederversammlung der DKP München, 11. Juni 2005

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,  
kürzlich haben wir, die DKP München, einen Brief erhalten, von Yvonne: "Ich bin 24 Jahre alt, Krankenschwester, und fühle mich als Opfer eines aufsteigenden Turbokapitalismus .." Und sie fragt "Was ist mit Euch los? In einer Zeit, wo wir die Werte von Marx und Engels nötiger denn je haben, .. werden Probleme aufgegriffen .., welche längst Vergangenheit oder politisch unbedeutend sind. Damit meine ich Auseinandersetzungen mit der rechten Szene, Gedenktage an die Befreiung von Nazi-Deutschland, Kultbetreibung um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Glaubt ihr wirklich, dass die breite Masse Euch für ernst nimmt? Was wir brauchen ist eine soziale Politik, welche den Menschen Hoffnung auf eine bessere, lebenswerte Welt bietet. Kampf gegen den Turbokapitalismus, die Rückbesinnung auf sozialistische Werte."

Für uns klar, dass es diesen Gegensatz nicht gibt.

So haben Rechtsextremismus und Neo-Nazismus zweifellos mit der faschistischen Vergangenheit Deutschlands zu tun. Aber wir sollten uns keinem Irrtum hingeben. Es handelt sich um ein modernes Phänomen, das sich im Rahmen des Neoliberalismus, der Krise der Politik, und dem Fehlen echter Alternativen der Linken entwickelt.

Aber in der Fragestellung von Yvonne liegt ein Spannungsfeld - politischer Traditionsverein oder kreative Kraft, die sich Gegenwarts- und Zukunftsfragen stellt - und wir müssen uns dem stellen, wie wir von außen gesehen werden.

Dass es diesen Gegensatz nicht gibt, ist gerade in den zurückliegenden Wochen, in der Debatte um den 60. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg, deutlich geworden.

60. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg

Die Herrschenden wollten den 60. Jahrestag nutzen, um die historische Bedeutung des Sieges der Antihitlerkoalition über den deutschen Faschismus und die Ursachen des Krieges zu verschleiern.

Es geht ihnen darum, vergessen zu machen,  
§ dass der Vernichtungskrieg ein Krieg gegen den Sozialismus war,  
§ dass der Faschismus zwar untergegangen ist, aber nicht das System, das ihn hervorgebracht hat.

Die Süddeutsche Zeitung kommentierte am 9. Mai unter der Überschrift "Das sowjetische Monster": Deutschland hat Einsicht gezeigt, "die Bundesrepublik und zum größten Teil auch ihre Bürger haben die ungeheuerliche historische Schuld gegenüber Russland anerkannt und begriffen." Jetzt sind die anderen dran, weil " .. der Faschismus auch eine gesamteuropäische Erscheinung und der Mord an den Juden ohne Kollaboration europäischer Regierungen und Menschen nicht möglich war." (Claus Leggewie, SZ, 8. Mai 2005) Vor allem Russland dürfe auf dem Wege zu einer offenen, modernen Gesellschaft die sowjetische Zwangsherrschaft über die eine Hälfte Europas nicht weiter verdrängen. "Das Ende der NS-Herrschaft war Auftakt einer brutalen Besetzung durch das totalitäre Regime Stalins ... hat sich auch

das postsowjetische Russland .. nie entschuldigt oder gar Entschädigung geleistet."  
(Claus Leggewie, S, 8. Mai 2005)

Mit diesen Beiträgen geht es um eine Umcodierung der Vergangenheit:

§ Die Befreiung ist nicht 1945, sondern erst 1990 erfolgt.

§ In den Mittelpunkt schieben sich nun die Deutschen als Opfer.

Am extremsten wird dies durch die Neofaschisten betrieben. Am 8. Mai führten sie auf dem Marienplatz eine Kundgebung unter dem Motto "Tag der Ehre, nicht der Befreiung." durch. Der bayerische Verwaltungsgerichtshof hatte die Versammlung auf dem Marienplatz genehmigt. Und ohne die Hilfe der Polizei hätte die Nazi-Propaganda gar nicht stattfinden können. Denn die Polizei schützte mit Sondereinsatzkommandos nicht nur die Versammlung der Nazis vor Tausenden Münchnern, die "Nazis raus" riefen; sie sorgte vorher schon dafür, dass die Nazis überhaupt auf den Marienplatz kommen konnten. Das müsste nicht sein!

Es geht nicht, wie behauptet, um den Schutz der Meinungs- und Versammlungsfreiheit, sondern die Nazis werden genutzt, um die politische Achse insgesamt nach rechts zu verschieben, um den Abbau demokratischer Rechte zu legitimieren, und nicht zuletzt, um die Linke zu beschäftigen.

Da paßt dann dazu, dass die Polizei vor der Gedenkveranstaltung für die ermordeten sowjetischen Kriegsgefangenen in Hebertshausen mit Gewalt versuchte, den Genossen die roten Fahnen zu entreißen.

Aber die zahlreichen Proteste in vielen Städten gegen das Auftreten der Neo-Nazis, die unzähligen Veranstaltungen mit demokratischen, antifaschistischen Charakter zum 60. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg haben den Herrschenden bei der geplanten Entsorgung bzw. Umdeutung der Geschichte einen Strich durch die Rechnung gemacht.

Zu diesen Veranstaltungen zählt das Befreiungsfest am 8. Mai an der Münchner Freiheit, "organisiert von mehreren Gruppen, darunter die Humanistische Union und das Bündnis "München gegen Krieg" um Claus Schreer", wie die SZ berichtete. Trotz der Absage wegen des schlechten Wetters hatten sich Antifaschisten an der Münchner Freiheit getroffen, um von dort zum Marienplatz zu ziehen. Wieder die SZ: "Walter Listl vom Bündnis München gegen Krieg" kritisierte in einer kurzen Rede vor allem die Richter, die die Neonazi-Demonstration genehmigt hatten." (SZ, 9.5.2005)

Zu diesen Veranstaltungen zählt auch die Veranstaltung "die Sowjetunion brach Hitler das Genick" der DKP München am 10. Mai im EineWeltHaus, mit der wir die entscheidende Rolle der Sowjetunion bei der Zerschlagung des deutschen Faschismus in den Mittelpunkt gestellt hatten.

Eine rundum gelungene und gut besuchte Veranstaltung mit zahlreichen Gästen. Wobei andererseits nicht ganz nachvollziehbar ist, wieso nicht noch mehr Mitglieder teilgenommen haben.

Die CSU mochte bei diesem Thema allerdings von Meinungsfreiheit nichts mehr wissen und intervenierte beim Oberbürgermeister, um die Veranstaltung zu unterbinden.

An dieser Stelle ein Dank an die Betreiber des EineWeltHauses, dass sie sich dem Druck der CSU nicht gebeugt haben.

Dass die Umdeutung des 8. Mai nicht wie geplant gelungen ist, ist ganz besonders auch Genossen wie Ernst Grube oder Martin Löwenberg zu verdanken. Mit Führungen in der KZ-Gedenkstätte Dachau, Besuche in Schulen, sogenannte Zeitzeugen-Gesprächen mit Jugendlichen, Reden auf Veranstaltungen und Kundgebungen halten sie die Erinnerung an den faschistischen Terror, und dem was den Deportationen und der Vernichtung vorausging, wach. "Weit mehr als 100 Gespräche dieser Art absolviert Grube im Jahr", würdigt die SZ die Arbeit unseres Genossen. (SZ, 26.4.2005).

Und so beklagt Stefan Kornelius in der SZ vom 10.5.2005 in einem Resümee zum 8. Mai: "Amerika ist seltsam fern in der Erinnerung. .. Die Weltpolitik hat sich auf dem Roten Platz versammelt, um noch einmal den Sowjetstern auf rotem Tuch zu sehen. .. Amerikas zentrale Rolle bei der Niederwerfung der Diktatur, die Schutzfunktion des Landes in Zeiten der nuklearen Bedrohung, die europäische Patenschaft - sie kommen, wenn überhaupt nur am Rande vor." Dabei ist Amerika "auch heute eine unverzichtbare Nation für Europa."

Vielleicht seid ihr verwundert, dass ich so viele Zitate aus der SZ verwendet habe.

Weil wichtig ist zu erkennen,

§ dass sich gesellschaftliche Auseinandersetzungen auch in den bürgerlichen Medien widerspiegeln (nicht so im Wirtschaftsteil);

§ dass die Tätigkeit unserer Genossen registriert wird.

§ Und weil sich Klassenbewusstsein heute nicht mehr jenseits der von der Bourgeoisie beherrschten Apparate der Meinungsbildung und Massenbeeinflussung bildet, und deshalb für größere Fortschritte in der Entwicklung des Klassenbewusstseins auch Veränderungen des Kräfteverhältnisses in diesen Apparaten notwendig sind.

Zum Abschluss dieses Themas möchte ich noch auf drei Aspekte hinweisen, die die historische Bedeutung des 8. Mai deutlich machen, weil sie bis in die Auseinandersetzungen der heutigen Auseinandersetzungen hineinwirken:

1. Mit der militärischen Zerschlagung des deutschen Faschismus ist das Fortbestehen der menschlichen Zivilisation gerettet worden

2. Die Befreiung vom Faschismus führte in ganz Europa zu einer breiten demokratischen, antiimperialistischen Bewegung, die Sowjetunion und die sozialistische Staatengemeinschaft konnte sich konsolidieren und strahlte auf die Arbeiterbewegung in den entwickelten kapitalistischen Ländern und auf die nationalen Befreiungsbewegungen aus. Der Kapitalismus war diskreditiert. Und so musste er Elemente aus dem Gepäck der Arbeiterbewegung und des Sozialismus übernehmen, um sich überhaupt noch behaupten zu können.

Der Sozialstaat ist ein Ergebnis des Kampfes der Arbeiterbewegung und der Existenz des Sozialismus. Deshalb wird der Sozialstaat auch von der Mehrheit der

Bevölkerung als "linkes Projekt" wahrgenommen und positiv bewertet. Mit dem Verschwinden der Herausforderung kann der Kapitalismus aber jetzt wieder werden wie er wirklich ist: gierig und asozial bis aufs Mark, undemokratisch, mörderisch.

3. Im Ergebnis des Sieges der Antihitlerkoalition entstanden Grundzüge für ein neues, ein positives Völkerrecht. Zum Postulat wurde die Gleichberechtigung aller Staaten und ihre Pflicht, zu einem stabilen Frieden beizutragen. Die 1945 entstandene UNO bekannte sich dazu, dass sowohl die Anwendung als auch die Androhung militärischer Gewalt im Widerspruch zu den Normen der internationalen Beziehungen stehen.

Mit der Niederlage des Sozialismus will der Imperialismus sich jetzt auch der zivilisatorischen Errungenschaften des Völkerrechts entsorgen. Er setzt sich über alle Prinzipien und Normen des Völkerrechts hinweg. Krieg ist weltweit zum permanenten Zustand geworden.

Krieg gegen den Irak

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,  
als wir unsere letzte ordentliche KMV am 22. Februar 2003 durchführten, standen wir noch unter dem Eindruck der weltweiten Aktionen gegen den angekündigten Krieg gegen den Irak. Am 15. Februar 2003 hatten Millionen Menschen rund um den Erdball verdeutlicht:

§ die Menschheit will keinen Krieg gegen den Irak!

§ die Menschheit lehnt Krieg zur Lösung politischer Konflikte ab!

Trotzdem hat die Bush-Regierung den Krieg geführt; unterstützt von einer Reihe europäischer Regierungen.

Erstmals in der Geschichte der BRD opponierte eine bundesdeutsche Regierung öffentlich gegen die Kriegspolitik einer US-Regierung.

Sie begünstigte damit - wie auch die Mobilisierung der Gewerkschaften und die Haltung der Kirchen - die Entwicklung der Friedensbewegung; das Engagement von Hunderttausenden von Menschen.

Allerdings war dies keine prinzipielle Gegnerschaft zum Krieg und das NEIN, mit dem Schröder und Fischer die Wahlen gewonnen hatten, wurde in vielfacher Hinsicht durch die Praxis gebrochen.

Inzwischen haben Bundesregierung und die Bush-Regierung wieder den Schulterschuß vollzogen.

Die USA machen im Irak allerdings inzwischen auch die Erfahrung, dass dieses Vorhaben selbst die Kraft der USA übersteigt. Zur Kontrolle größerer Territorien ist der US-Imperialismus auch im militärischen Bereich auf die Kooperation mit anderen kapitalistischen Zentren angewiesen. Vor allem braucht er deren legitimatorische Unterstützung.

Mit dem offiziellen Bericht an den US-Senat sind die letzten Lügen zerplatzt, mit denen Georg W. Bush und Tony Blair den Krieg begründet hatten. Übrig bleiben die nackte Gier nach dem Öl und die Weltherrschaftspläne der Bush-Regierung. Dazu wurde der Krieg geführt. Saddam Hussein, ein jahrzehntelanger Freund der CIA, war ebenso wie zuvor Osama Bin Laden und die Taliban zum störenden Faktor geworden.

Obwohl nun alle Welt weiß, dass dieser Krieg eine völkerrechtswidrige Aggression war, geht die US-Besatzungsmacht immer brutaler gegen das irakische Volk vor.

Im Arbeitsplan hatten wir uns vorgenommen, uns aktiv an der Mobilisierung gegen den drohenden Krieg gegen den Irak zu beteiligen und unsere Mitarbeit in Friedens- und Antikriegsbündnissen zu verbessern. Wir wollten das Thema stärker in die Betriebe und Gewerkschaften tragen.  
An dieser Aufgabenstellung hat sich nichts geändert.

Wenn man sieht, wie Milliarden für die Anschaffung neuer Waffensysteme verschleudert werden, während gleichzeitig die Staatsverschuldung zunimmt, öffentliche Investitionsausgaben gestrichen, soziale Leistungen gekürzt werden und kein Geld für die Bildung vorhanden ist - mit der EU-Verfassung soll die ständige Erhöhung der Rüstungsausgaben sogar in den Verfassungsrang erhoben werden - diese Zusammenhänge aber auch von den Gewerkschaften kaum thematisiert und kritisiert werden, dann wird deutlich, dass wir in unseren Bemühungen nicht nachlassen dürfen.

Wir hatten uns vorgenommen, den Kampf gegen den Krieg stärker mit der Aufklärung über die Ursachen der Kriege zu verbinden, die in der kapitalistischen Produktionsweise und im Imperialismus wurzeln. Und dies zu tun, ohne die Bewegung selbst einzuengen, sondern alles zu fördern, was geeignet ist mehr Menschen einzubeziehen;

Im schriftlichen Tätigkeitsbericht sind zahlreiche Aktivitäten zur sog. "Sicherheitskonferenz", gegen den Krieg der USA gegen den Irak, zum Ostermarsch, zum 1. September aufgeführt.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,  
in München existiert eine aktive Münchner Friedensbewegung zu der Genossinnen und Genossen mit ihrer engagierten Mitarbeit ihren Teil beitragen.

"Sicherheitskonferenz"

Dass antikommunistische Ausgrenzung keine Torheit der Vergangenheit, sondern auch heutige Dummheit ist, ist bei der diesjährigen Friedenskonferenz, die als Gegenveranstaltung zur sog. "Sicherheitskonferenz" durchgeführt wurde, sichtbar geworden. OB Christian Ude stellte die Bedingung, dass die Stadt München Saal und finanziellen Zuschuß nur bewilligt, wenn die DKP von der Unterstützerliste gestrichen und eine substantielle Änderung des Aufrufes vorgenommen wird.

Anstatt dieses Ansinnen zurückzuweisen, fügte sich der in Sachen Friedenskongreß federführende Landesverband der DFG-VK in Gestalt seines Vorsitzenden Tommy Rödl der Zumutung. Ohne die unterstützenden Organisationen und Gruppen überhaupt zu befragen oder vorab zu informieren.

Rödl begründete die Notwendigkeit der "Abgrenzung von linken Parteien, die sich von den herrschenden Parteien u.a. dadurch unterscheiden, dass sie noch keine Gelegenheit hatten, einen "gerechten Krieg" zu führen" und erklärte: "Die Friedenskonferenz in München .. wäre ohne die politische Unterstützung durch die rotgrüne kommunale Mehrheit nicht möglich gewesen." Der Kabarettist Dietrich

Kittner entgegnete: "Mehr noch meine ich: Sie wäre ohne rotgrüne Berliner Kriegspolitik gar nicht so dringend notwendig gewesen." (Ossietzky, 30 April 2005)

Empört über diese Machenschaften verließen eine ganze Reihe von Gruppen, wie das "Münchner Friedensbündnis" oder attac den Unterstützerkreis.

Die Friedensbewegung hätte damit gespalten werden können. War das die Absicht? Aber die Münchner Friedensbewegung bewies politische Reife: Friedenskongreß und Demo wurden gemeinsam durchgeführt, ob nun auf der Unterstützerliste aufgeführt oder nicht.

## Debatte um Widerstand im Irak

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,  
nachdem der von der US-Regierung geführte Kriegsblock völkerrechtswidrig den Irak überfallen und besetzt hatte, brach auch in der Münchner DKP eine heftige kontroverse Diskussion über die Frage der politischen Legitimität der verschiedenen Formen des Widerstandes gegen die Besatzung aus.

Unterschiedliche Auffassungen gab und gibt es über die Entwicklung im Irak und über den Widerstand gegen die US-Besatzung. Unbestritten ist das Recht des irakischen Volkes auf Widerstand, um die Besatzung so schnell wie möglich zu beenden.

Die Meinungen gingen und gehen auseinander, wenn es um die Beurteilung der Kräfte geht, die den bewaffneten Widerstand tragen. Besonders umstritten war auch die Beteiligung der Irakischen Kommunistischen Partei am provisorischen Regierungsrat und deren prinzipielle Abgrenzung gegen die politischen Kräfte, die den militärischen Widerstand tragen.

Ein Teil der Partei war und ist der Meinung, dass "Gegen Krieg und Besatzung" nicht mehr genügen und wir uns auch gegen individuellen Terror und reaktionäre, anti-emanzipatorische Kräfte abgrenzen müssen. Das Recht auf nationale Selbstbestimmung steht in untrennbarem Zusammenhang mit dem sozialen Inhalt der Selbstbestimmung. Nicht jeder Widerstand gegen kapitalistische Globalisierung und imperialistische Besatzung ist progressiv.

Die andere Meinung ist, dass jeder Widerstand gegen den US-Imperialismus objektiv anti-imperialistischen Charakter hat und deshalb legitim sei. Denn zweifelsohne hat der bewaffnete Widerstand den geplanten "permanenten Krieg" der US-Regierung bereits zu Beginn in größte Schwierigkeiten gebracht. Das irakische Öl sprudelt nicht wie geplant in die Kassen der Multis. Die Verluste der Besatzungstruppen vereiteln die Pläne der Falken im Pentagon, die US-Truppen in Syrien und im Iran einfallen zu lassen.

Die meisten Grundorganisationen haben zu dieser Frage Gruppenabende durchgeführt. Nachdem einer der zentralen Streitpunkte die Politik der Irakischen Schwesterpartei war, führten wir als Kreisorganisation eine Veranstaltung mit dem Vertreter der Irakischen KP in Deutschland durch.

Mit dem Beschluß des 17. Parteitages "Schluss mit imperialistischer Besatzung! Für freie Selbstbestimmung des Irak" ist eine Position erarbeitet worden, die von einer weitaus überwiegenden Mehrheit der Partei getragen wird.

Als Schlussfolgerungen sollten wir ziehen:

§ die Debatte über strittige Themen sollte innerhalb der Partei geführt werden und keiner sollte versuchen, von außen Druck auf die Partei auszuüben,

§ die Debatten sollten in solidarische Formen, und nicht feindselig und mit Unterstellungen geführt werden,

§ trotz unterschiedlicher Auffassungen sollten die Organisationsprinzipien einer kommunistischen Partei beachtet werden.

Wir sollten uns auch nicht auf die Logik einlassen, dass der Feind meines Feindes, mein Freund ist, und die Warnung der Irakischen KP beherzigen, in diesem Konflikt nicht den einen Terroristen gegen den anderen zu unterstützen.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

wir wollen uns auch nicht auf die Logik einlassen,

- dass es keine Alternative zum Krieg gebe,

- dass es keine Wahl zwischen zwei terroristischen Lagern gebe.

Gerade der Krieg gegen den Irak zeigt: Krieg ist keine Lösung!

§ Wir fordern das sofortige Ende der Besatzung!

§ Wir bekräftigen das Recht des irakischen Volkes auf Widerstand! Das irakische Volk hat das legitime Recht auf verschiedene Formen des Kampfes, um die Besatzung zu beenden und die nationale Souveränität wieder zu erlangen.

Solidarität aber kann es nur mit den progressiven, emanzipatorischen Kräften geben, die in der nationalen Befreiung das Projekt der Aufklärung, gleicher Bürgerrechte und nationaler Selbstbefreiung gegen die rückwärtsgewandten, auf Identität und Rasse bezogenen oder religiös fanatischen Nationalismen verteidigen.

§ Unsere Aufgabe ist vor allem, dazu beizutragen, dass solche internationalen Bedingungen geschaffen werden, dass das irakische Volk seine Angelegenheiten selbst, und ohne Einmischung von außen, lösen kann.

neoliberaler Umbau und Widerstand

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

es spricht sehr viel dafür, dass der Neoliberalismus seinen Zenit überschritten hat.

Die Regierungskrisen in Frankreich, Italien und Deutschland sind ein Ausdruck dafür, dass der Neoliberalismus in eine Akzeptanzkrise gerät. Die Widersprüche treten schärfer hervor, der aktive Konsens zur neoliberalen Politik geht zurück. Der Neoliberalismus verteidigt seine Hegemonie zunehmend mit Zwang: Krieg nach außen, Sicherheitsgesetze und Hartz IV nach innen.

Die Grundhaltung der Beschäftigten wie vieler schon Ausgegrenzter wird geprägt von Angst.

Aus Angst vor Arbeitslosigkeit und dem totalen sozialen Absturz stimmt eine Mehrheit der Belegschaften heute Einkommenskürzungen, Arbeitszeitverlängerungen und weiteren Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen zu.

Die Deutsche Angestellten-Krankenkasse hat vor einigen Wochen ihren jüngsten Gesundheitsreport vorgelegt. Darin heißt es: "Angststörungen und Depressionen werden immer mehr zu Volkskrankheiten der Zukunft." Jeder siebte Berufstätige war oder ist wegen psychischer Probleme in professioneller Behandlung.

Als Gründe für diese Erkrankungen werden Leistungsdruck, Zukunftsangst, Mobbing und Isolation angegeben - die Job-Krise, heißt es, macht die Deutschen depressiv.

Noch vor der akuten Erkrankung funktioniert die Angst der Beschäftigten wie der Arbeitslosen als der entscheidende Rohstoff, mit dem der Neoliberalismus Zustimmung oder zumindest passives Stillhalten erzwingt.

Da es sich beim Neoliberalismus nicht lediglich um eine von den Herrschenden bevorzugte Politik handelt, "die man wechseln kann, sondern er (ist) eine organische Notwendigkeit des transnationalen Kapitalismus in einem bestimmten Moment" ist, ist auch nicht damit zu rechnen, dass die Herrschenden auf eine alternative Politik umschwenken werden.

Im Gegenteil, trotz der ökonomischen, sozialen und politischen Zerrüttung, die der Neoliberalismus hervorruft, werden wir uns auf eine Radikalisierung der neoliberalen Politik und der Zunahme des Zwangs - unabhängig von den Regierungskonstellationen - einstellen müssen.

Und wenn die Linke die Interessen der Menschen, die sich von den etablierten Parteien abwenden, nicht aufnimmt, ihnen keine Alternativen anbietet, dann sind die Angst- und Ohnmachtgefühle der Boden, auf dem sich sehr rasch die extreme Rechte eine Massenbasis verschaffen kann.

Neue Kampagnen gegen Hartz IV, betriebsübergreifender Widerstand gegen Erpressung und Betriebsschließungen - in dieser Richtung muss sich die Bewegung entwickeln.

Gegenwärtig laufen die Tarifaueinandersetzungen im papierverarbeitenden Gewerbe und in der Druckindustrie. Die Unternehmer machen die Tarifrunde zur Machtprobe. Zahlreiche Belegschaften sind von Betriebsschließung und Betriebsverlagerung betroffen. Hartz IV wird wirksam und treibt viele Menschen in die Armut. Die Studenten wehren sich gegen die Einführung von Studiengebühren. Jedes dieses Konfliktfelder kann sich zum Katalysator für eine wieder aufflammende breite Protestbewegung entwickeln.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,  
der neoliberale Umbau wirkt sich logischerweise auch in München in einer zunehmenden sozialen Polarisierung aus: hier protzenhafter Reichtum und Bussi-Gesellschaft, dort die offene Armut immer größerer Teile der Bevölkerung.

Gut sieben Prozent der Münchner Haushalte gelten als überschuldet; jeder Zehnte Münchner Haushalt hat Schwierigkeiten, die Stromrechnung zu bezahlen. Ein Leben lang gearbeitet und im Alter trotzdem arm, das ist Lebensrealität für viele Münchner Rentnerinnen und Rentner.

Hartz IV führt dazu, dass Langzeitarbeitslose zunehmend Wohnungsprobleme haben. Die Münchner Arbeitsagentur weigert sich die Mietkosten zu übernehmen, wenn die Miete zehn Prozent über der Mietobergrenze liegt. Für einen Single-Haushalt liegt dieser bei 400 Euro. Nach dem Verlust des Arbeitsplatzes drohen Zwangsräumung und Zwangsumzüge.

Angesichts dieser sozialen Probleme, ist die Forderung der Rathaus-SPD nach Zwei-Euro-Jobs mehr als deplaciert.

Wir brauchen keine Zwangsarbeit und keinen Niedriglohnsektor - weder mit einem Euro und auch nicht mit zwei!

Wir brauchen Arbeitsplätze mit sinnvoller Arbeit und einem existenzsichernden Einkommen.

Aber immer mehr Münchnern wird die Arbeit als Existenzgrundlage entzogen.

Heute hochqualifizierter, gutbezahlter Angestellter in einem Münchner high-tech-Betrieb, morgen arbeitslos, weil der Betrieb geschlossen, verlagert oder verkauft wird; und übermorgen über Hartz IV in die Armut gestoßen.

In den letzten zwei Jahren ist die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze um 50.000 zurückgegangen.

Im Münchner Handwerk sind seit dem Jahr 2000 knapp 50.000 Arbeitsplätze weggefallen.

Allerdings sind seit Anfang 2004 in den Handwerksberufen, in denen der Meisterzwang entfallen ist (z.B. Fliesenleger, Gebäudereinigung), 3.000 neu Firmen angemeldet worden. Mehr als die Hälfte der neugegründeten Selbständigenexistenzen kommt aus Osteuropa. Als Scheinselbstständige werden sie dann auf den Baustellen zu Dumpinglöhnen ausgebeutet. Auf diese Weise wird das Entsendegesetz und der gesetzliche Mindestlohn unterlaufen und werden Normalarbeitsverhältnisse verdrängt.

Im Berichtszeitraum sind die Hartz-Gesetze - insbesondere Hartz IV - im Zentrum der sozialpolitischen Auseinandersetzung gestanden.

Mit den Montagsdemonstrationen erreichten die bundesweiten Massenproteste im Sommer vergangenen Jahres ihren Höhepunkt.

Nachdem die Montagsdemos mit ihrem Massencharakter auf Ostdeutschland beschränkt blieben - auch in München blieben die Montagsdemos selbst zu ihren besten Zeiten eine Veranstaltung eines relativ kleinen Kreises - und es nicht gelungen ist, die Verbindung zu den Auseinandersetzungen in den Betrieben um die Verlängerung der Arbeitszeit, die Senkung der Löhne und die Aushöhlung der

Tarifverträge herzustellen, kam es dann nicht zu einem heißen Herbst, sondern zu einem Abschwung der Bewegung.

Wir waren mit dem Problem konfrontiert, mit welchen Mitteln die gesellschaftliche Debatte in einer Phase rückläufiger Bewegung aufrechterhalten und vertieft werden kann, um so die Grundlage für den nächsten Aufschwung zu legen. Unser Versuch, die mit einer Unterschriftensammlung an Infoständen, im Kollegenkreis, eigenständig ev. modifiziert von Bündnispartnern in der sozialen Bewegung betrieben, erlitt das gleich Schicksal wie das "Arbeitnehmerbegehren" der IGM. Es hat nicht gezündet - weder bei uns selbst, noch bei anderen.

## Gewerkschaften

Zu diesem Abschwung der Bewegung haben auch die Gewerkschaftsführungen beigetragen. Die Gewerkschaften hatten noch die einzige relevante Opposition gegen die neoliberale Politik gebildet. Aber den Großdemonstrationen vom 3. April 2004 - mit einer begeisternd starken Beteiligung aus München - ist der schwerste Rückfall gefolgt. Auch die Gewerkschaften haben die Opposition gegen den Neoliberalismus aufgegeben.

Diese Indifferenz der Positionen und das ständige Einknicken der Gewerkschaften zerstört Glaubwürdigkeit und Mobilisierungsfähigkeit. Die Folge ist die enttäuschende Beteiligung z.B. an der 1. Mai-Kundgebung in diesem Jahr -, und das in einer Zeit der höchsten Massenarbeitslosigkeit, Massenentlassungen trotz Spitzengewinnen und der beschleunigten Zerstörung des Sozialstaates.

Diese Entwicklung nutzt das Kapital für verschärfte Angriffe in den Betrieben. Es geht um die Verlängerung der Arbeitszeit und die Senkung der Löhne. Mit dem Tarifabschluss für die Handy-Fertigung bei Siemens wurde der Damm gebrochen. Das wirkliche Fanal war aber DaimlerChrysler:

Das Schlimme ist nicht, dass unter den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen solche Vereinbarungen geschlossen werden, sondern dass kein Versuch gemacht wurde, überbetriebliche Solidarität gegen die Erpressungen zu organisieren.

Wieso wird die Gegenwehr nicht organisiert?

Ist es die Angst vor der Niederlage, wenn Gegenwehr organisiert wird?

Ist es die Hoffnung, dass es sich bei der Kapitaloffensive um eine vorübergehende Erscheinung handelt?

Fakt ist: Kapital und die politische Elite haben Kooperation und Sozialpartnerschaft bereits vor mehr als 15 Jahren aufgekündigt.

Die Gewerkschaften können auch nicht darauf setzen, dass wieder höhere Wachstumsraten zurückkehren würden und der Verteilungsspielraum dadurch größer würde. Weder wird es höhere Wachstumsraten geben, noch eine Rückkehr zur Binnenmarktorientierung, noch wird das Kapital freiwillig etwas abtreten.

Die Gewerkschaften müssen sich auf eine dauerhafte Gegenwehr gegen die Kapitaloffensive einstellen!

Mit dem Wegfall der SPD als "politischer Arm" der Arbeiterbewegung ergibt sich für die Gewerkschaften die zwingende Notwendigkeit, in der politischen Ebene selbständig tätig zu werden. Die Gewerkschaften müssen also, um ihrem ureigenen Interesse gerecht zu werden, zu einer sozialen, zu einer politischen Bewegung werden.

Durch unsere Arbeit in den Betrieben und Gewerkschaften, durch unsere Mitarbeit in der Münchner Gewerkschaftslinken tragen wir zur Stärkung autonomer, klassenorientierter Positionen in den Gewerkschaften und damit zur Verteidigung der Einheitsgewerkschaft bei.

Das Betriebsaktiv hat ein Betriebsarbeiterseminar zur Verbesserung unserer Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit organisiert. In der nächsten Zeit sollten wir die Diskussion um den vorliegenden Entwurf eines Positionspapiers zur Gewerkschaftspolitik nutzen, um uns mit anderen linken Gewerkschaftern über die anstehenden Aufgaben zur Entwicklung einer kämpferischen Gewerkschaftspolitik verständigen.

Im Berichtszeitraum war die Auseinandersetzung bei Siemens in der Hofmannstraße der wichtigste betriebliche Konflikt in München. Diese Phase der Auseinandersetzung endete nach über 1 ½ Jahren mit einem relativen Erfolg für die Belegschaft und die IGM.

Wir haben in den Grundorganisationen über diesen Kampf, sein Ergebnis und die verallgemeinerbaren Schlußfolgerungen diskutiert.

Aus der Betriebszeitung für Siemens München ist durch unsere Unterstützung inzwischen eine bundesweite Konzernzeitung der DKP - die erste ihrer Art - geworden, die bereits zweimal erschienen und bundesweit vor Betrieben des Siemens-Konzerns verteilt worden ist.

In den nächsten Monaten wird der Widerstand der Infineon-Belegschaft in Neuperlach gegen die beabsichtigte Betriebsschließung zu den bedeutendsten betrieblichen Auseinandersetzungen in München zählen. "Wir bleiben hier" - mit dieser Losung machte die Belegschaft schon bei verschiedenen Aktionen im und außerhalb des Betriebes deutlich, dass sie sich auf keine faulen Kompromisse einlassen will und bereit ist, ihre Arbeitsplätze zu verteidigen.

Neben dem Widerstand gegen die Hartz-Gesetze hatten wir uns im Arbeitsplan vorgenommen, die Gesundheitsreform stärker zu behandeln. Unser Ziel war, in einem "sozialen Bündnis von Vertretern der Pflegeberufe, Ärzte und Patientinnen die Öffentlichkeit zu bringen und den Widerstand zu verbreitern." Eigenständige Aktivitäten schienen uns hier möglich und realistisch, weil eine ganze Reihe von Genossinnen und Genossen in diesem Bereich arbeiten. (Arbeitsplan 2003/2004) Wäre notwendig gewesen - im Juli beginnt nächste Stufe der Individualisierung und Privatisierung der gesundheitlichen Risiken: Zahnersatz und Krankengeld werden aus der paritätischen Finanzierung genommen -, ist uns aber nicht gelungen. Warum?

Im Wesentlichen weil die Bereitschaft der betroffenen Genossinnen und Genossen nicht vorhanden war.

## Sozialforum

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,  
für uns ist die außerparlamentarische Bewegung das ausschlaggebende Moment für die Veränderung des Kräfteverhältnisses und für einen Politikwechsel. Vor diesem Hintergrund hat die Gründung des Deutschen Sozialforums in der Zeit vom 21. - 24. Juli in Erfurt große Bedeutung.

In München ist, wie in vielen anderen deutschen Städten, ein regionales Sozialforum gegründet worden. Auch wenn wir dort nicht als Partei mitarbeiten können - das Selbstverständnis der Sozialforumsbewegung schließt die Mitarbeit von Parteien aus -, so ist das Sozialforum für uns ein wichtiges Feld der politischen Tätigkeit.

Die weltweite Sozialforumsbewegung stellt die bedeutendste politische Bewegung der heutigen Zeit dar. In ihr konzentrieren sich die angesammelten Erfahrungen der sozialen Bewegungen in der Opposition gegen die Zerstörungen, die die neoliberale Globalisierung, d.h. der Kapitalismus anrichtet. In der Sozialforumsbewegung fließen die verschiedenen besonderen Forderungen der sozialen Bewegungen in einem allgemeinen alternativen Projekt zusammen. Diese globale Bewegung kann die Arbeiterbewegung stimulieren. Aber umgekehrt braucht diese Bewegung auch die organisierte Kraft der Arbeiterbewegung für die Schaffung einer sozialen und politischen Alternative.

In diesem Sinne verstehen wir Kommunisten uns als Teil dieser Bewegung und wollen dazu beitragen, dass die Bewegung an gesellschaftlichem Einfluß gewinnt.

## Widerstand und Reformen

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,  
ich habe viel Sympathie für die Aussage von Konstantin Wecker: "Ich kann das Wort Reformen nicht mehr hören, was wir brauchen, ist eine ordentliche Revolution."

Aber in der absehbaren Zeit wird es darauf ankommen, den Widerstand gegen Arbeitsplatzvernichtung, Lohnsenkung und Zerstörung der sozialen Sicherungssysteme mit realistisch erscheinenden Reformforderung für die Erneuerung von Sozialstaat und Demokratie zu verbinden.

In unserem Programm "Eine Alternative ist möglich - Her mit sinnvoller Arbeit, Ausbildungsplätzen, sicherem Einkommen und sozialer Sicherheit!" legen wir realisierbare Alternativen zur Agenda 2010-Politik der Bundesregierung und der konservativen und liberalen Opposition vor.

Realisierbare Forderungen - realisierbar allerdings nur, wenn sie von kämpferischen Gewerkschaften, breit in der Gesellschaft verankerten sozialen Bewegungen und der politischen Linken im Klassenkampf gegen das Großkapital durchgesetzt werden.

Unser Sofortprogramm ist auch das Kontrastprogramm zur vorgeblichen "Kapitalismuskritik" von Franz Müntefering.

Dieser hatte der erstaunten Öffentlichkeit völlig überraschend mitgeteilt, dass profitgierige Heuschrecken das Land überfallen haben. Nicht redet er von den Heuschrecken, die über den Sozialstaat hergefallen sind Die Erstaunung ist allerdings noch größer, wenn er gleichzeitig mitteilt, dass angesichts dieser Plage die Agenda 2010 richtig, Hartz IV richtig, die Senkung der Spitzensteuersätze richtig, die nochmalige Senkung der Unternehmenssteuer notwendig, die Zulassung der Hedge Fonds auch notwendig, die Steuerbefreiung für Veräußerungsgewinne beim Verkauf von Unternehmensanteilen für die Attraktivität des Finanzplatzes Deutschland unverzichtbar und der 4 mal angekündigte Aufschwung uns im 5. Jahr von allem Elend erlösen werde.

Müntefering geht es nicht um Kapitalismuskritik. Im Gegenteil. Um von einer echten Kapitalismuskritik abzulenken, werden "kapitalistische Auswüchse" und die "Gier der Manager" kritisiert. Gleichzeitig wird die SPD damit auf Oppositionszeiten eingestellt.

Da können selbst die Unternehmerverbände von "schwarzen Schafen" in ihren Reihen sprechen.

An Patriotismus und an die Verantwortung der Unternehmen wird appelliert.

Diese Appelle sind wohlfeil.

Denn es handelt sich nicht um Auswüchse, sondern um die Logik dieses kapitalistischen Systems. Herr Ackermann und die Deutsche Bank sind keine Ausnahme, sondern die Regel.

Und den Sozialstaat gab es nie, weil die Unternehmen gesellschaftliche Verantwortung übernommen hätten, sondern weil er gegen das Kapital erkämpft worden ist.

Wenn der Chefökonom der Deutschen Bank, Norbert Walter, jetzt erklärt: "Wir müssen, nachdem der Sozialismus in der DDR überwunden wurde, den westdeutschen Sozialismus überwinden, damit wir die Zukunft gewinnen können", (MDR 1 Radio Sachsen-Anhalt, 7.2.2005) dann sagt er doch nur, dass soziale Sicherung und Arbeitnehmer-Rechte dem Kapitalismus wesensfremd ist.

Der Sozialstaat ist kein Ergebnis unternehmerischer Verantwortung. Der Sozialstaat ist ein Ergebnis des Kampfes einer handlungsfähigen und handlungswilligen Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern und der Existenz des Sozialismus in Europa.

Den Sozialstaat zu verteidigen, zu erneuern und auszubauen -, das ist nur in der Konfrontation mit dem Kapital möglich.

Immer offensichtlicher wird die Kluft zwischen der Antriebskraft dieses kapitalistischen Systems, der hemmungslosen Jagd nach Profit, und all dem was das Leben der Menschen ausmacht: Arbeit, Bildung, soziale Sicherheit, Umwelt, Demokratie, Solidarität, Entfaltung der Persönlichkeit.

Der Kapitalismus kann keines der Probleme der arbeitenden Menschen lösen und wird zum Hemmnis der Entwicklung der Menschheit.

Wir müssen den Kapitalismus überwinden, damit wir die Zukunft gewinnen können.

## Entwicklung der DKP

Zwischen der Notwendigkeit und der realen Möglichkeit der Überwindung des Kapitalismus klafft eine riesige Lücke.

Da haben wir zum einen eine Übereinstimmung großer Teile der Bevölkerung mit unseren aktuellen politischen Forderungen - die Ablehnung der neoliberalen Politik geht heute weit über linke Bevölkerungsschichten hinaus -, aber auf der anderen Seite können wir unsere gesellschaftliche Randposition und die weitgehende Isolierung der Partei nicht durchbrechen. Die kulturellen, politischen und geschichtlichen Hürden erweisen sich einfach als zu hoch und als außerordentlich stabil.

Dieses Problem gilt nicht nur für uns, sondern auch für die PDS.

Wie kann diese Lücke durch die Linke aufgefüllt werden? Dies ist eine zentrale Frage für die Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses.

Damit ist wieder die Frage aufgeworfen: welchen Beitrag leisten die Kommunisten? Und zwar nicht nur im Sinne der Erarbeitung wirtschaftlicher, sozialer, politischer Alternativen, sondern auch von politischen Strategien zur Durchsetzung.

§ Wie aktiv ist die Partei? Eine Frage, die zu Spannungen führt. Die aber auch schwierig zu beantworten ist. Es ist zu vereinfacht, den Aktivitätsgrad der Partei an der Beteiligung an Demos oder an Veranstaltungen, etc. zu messen.

Natürlich ist eine höhere Beteiligung wünschenswert, manchmal auch organisierbar (z.B. Veranstaltung zum 8. Mai: in welcher GO ist überlegt worden, ob man vielleicht ältere Genossinnen oder Genossen zu Hause abholen sollte, weil sie nicht mehr so mobil sind?).

Aber die Aktivitäten der Genossinnen und Genossen sind vielfältiger: die Genossen, die in Betriebs- und Personalräten aktiv sind, in der Gewerkschaft, in der VVN, in der Friedensbewegung, in sozialen Bewegungen, in der SDAJ, in Einrichtungen wie dem isw - ihre Aktivitäten sind häufig nicht so sichtbar. Aber gerade hier wird kommunistische Arbeit wirksam.

Richtig ist aber die Feststellung und Kritik, dass die Grundorganisationen nicht der Ort sind, wo revolutionäre Theorie mit revolutionärer Praxis verbunden, wo das gemeinsame Handeln als kommunistische Organisation entwickelt wird.

§ Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

die UZ ist eines der wichtigsten Mittel zur Verbreitung kommunistischer Politik. Aus diesem Grund hat der Parteivorstand einen Wettbewerb zur Gewinnung neuer Abonnenten beschlossen. Der Wettbewerb endet mit dem Pressefest. Zwar haben wir im Kreisvorstand einen Beschluss gefasst, die Arbeit mit der UZ auch verbessert - so gibt es eigentlich keine Demo mehr ohne UZ-Verkauf - aber eine systematische Werbung von Abonnenten konnten wir nicht organisieren. An den Grundorganisationen ist der Wettbewerb spurlos vorbeigegangen - mit einer Ausnahme, das Betriebsaktiv hat experimentiert und interessante Erfahrungen gemacht. Ich nehme an, dass wir in der Diskussion davon hören.

Bundestagswahl:

Nun zur Bundestagswahl.

Die wahrscheinlich im Herbst anstehenden Bundestagswahlen finden in einer Situation statt, in der die neoliberale Politik in eine Akzeptanzkrise geraten und die Bindekraft des politisch-parlamentarischen Systems nachlässt. Die Menschen wenden sich von den etablierten Parteien ab, aber sie wenden sich nicht bewusst nach links ab. In gewisser Weise entsteht eine offene Situation. Wenn die Linke diese Lücke nicht füllt, dann wird das die populistische, extreme Rechte tun.

Es besteht die Chance, dass bei einem Zusammenwirken der Linken, die Forderungen nach einer anderen Politik und die Ablehnung des neoliberalen Gesellschaftsumbaus eine auch parlamentarisch wirksame Stimme erhalten kann. Natürlich ist für einen Politikwechsel die außerparlamentarische Bewegung ausschlaggebend; aber diese braucht Erfolge und sie muss sich auch innerhalb der politischen Institutionen widerspiegeln. Nur so lässt sich eine Veränderung des Kräfteverhältnisses herbeiführen.

Ein linke Opposition im Bundestag kann beitragen zum Mut zum Widerstand, zum Mut zur Veränderung, zum Vertrauen in die eigene Kraft.

Eine linke Opposition im Bundestag kann dazu beitragen, die Resignation zu überwinden und die Hoffnung wieder herzustellen.

Eine linke Opposition im Bundestag kann Impulse für die außerparlamentarische Bewegung geben.

Bei diesen Bundestagswahlen muss ein Schritt zur Herausbildung eines gesellschaftlichen und politischen Blockes gegen den Neoliberalismus, zur Bildung eines progressiven Reformblockes getan werden.

Deshalb sind das Wahlbündnis und deren Kandidaten auch nicht eine Angelegenheit, die in traditionalistischer Art und Weise von PDS und WASG in kleinen Parteizirkeln ausgehandelt werden kann, sondern dieses Bündnis ist eine Angelegenheit der sozialen Bewegungen, der Friedensbewegung, der antifaschistischen und antirassistischen Bewegung, der linken Gewerkschafter, der Linken insgesamt - alle müssen sich jetzt einmischen.

Wir brauchen öffentliche und offene Veranstaltungen und Debatten über Sinn, Ziele und Kandidatur eines linken Bündnisses.

Und vor allem, wir müssen die außerparlamentarische Bewegung entwickeln.

Der Parteivorstand der DKP hat am vergangenen Samstag in einer außerordentlichen Sitzung beschlossen, dass er die Bemühungen zur Sammlung und Bündelung linker Kräfte zu den Bundestagswahlen begrüßt und unterstützt und die Gespräche mit allen in Frage kommenden Kräften, insb. PDS und WASG weiterführt. Dabei dringen wir auf die Einbeziehung weiterer linker Kräfte, wie DKP und linker Persönlichkeiten.

Der PV wird dann auf seiner Sitzung am 9./10. Juli über die Ergebnisse beraten und über die Herangehensweise an die Bundestagswahl beschließen.

Mit großer Mehrheit ist ein Antrag abgelehnt worden Landeslisten der DKP für eine Eigenkandidatur aufzustellen.

In diesem Sinne werden wir jetzt auch in München handeln.

UZ-Pressesfest

In dieser Situation gewinnt das UZ-Pressesfest als größtes Fest und Treffen der Linken in Deutschland eine besondere Bedeutung.

Der politische Schwerpunkt der DKP Südbayern ist dieses Mal: "ein anderes Europa ist möglich"

Damit wir uns gegen die Logik der kapitalistischen Globalisierung wehren können, damit wir uns der Macht der Finanzmärkte und der Multis widersetzen können, brauchen wir Europa, brauchen wir mehr Europa. Aber das Europa, das entstanden ist und weiter entsteht, das ist nicht das Europa, das die Menschen brauchen.

Denn dieses Europa gründet sich auf einem einzigen Prinzip: dem Prinzip der kapitalistischen Marktwirtschaft und freien Konkurrenz.

Unter diesen Bedingungen wirkt die Osterweiterung der Europäischen Union wie ein Beschleuniger der Konkurrenz zwischen den Völkern. Der Wettbewerb wird zu einem Mechanismus der Konfrontation und nicht der Annäherung der Völker - zugunsten der Profite der Multis.

Nationalismus und Ausländerfeindlichkeit sind das Resultat.

Mit der Europäischen Verfassung soll jetzt die neoliberale Logik und die Verpflichtung zur militärischen Aufrüstung in den Verfassungsrang erhoben werden. Sind wir dann künftig Verfassungsfeinde, wenn wir für Abrüstung eintreten?

Sind wir dann Verfassungsfeinde, wenn wir die im Grundgesetz festgeschriebene Sozialpflichtigkeit des Eigentums und die Möglichkeit der Überführung in Gemeineigentum einfordern?

Deshalb ist dieses Europa nicht unser Europa!

Wir brauchen kein Europa des Wettbewerbs, sondern ein Europa der Solidarität und des Friedens.

"Unsere Ablehnung unterscheidet sich somit grundsätzlich von derjenigen der rechten, anti-europäischen Kräfte. Diese sind gegen Europa aus ausländerfeindlichen, reaktionären Motiven und um populistisch Einfluss in ihren Völkern zu gewinnen.

Die Ablehnung der Verfassung führt nicht ins Chaos, sondern der europäische Integrationsprozess wird allenfalls eine heilsame Krise erleben.

Nach dem Sieg des "NEIN" in Frankreich und in den Niederlanden muss jetzt die Debatte darüber eröffnet werden, welches Europa wir wollen:

- ein Europa der militärischen Aufrüstung oder der Erneuerung der Demokratie und des Sozialstaats,
- Vorrang für die ungezügelte Freiheit des Kapitals oder soziale Verpflichtung des Eigentums,
- Privatisierung und Durchkapitalisierung aller Lebensbereiche oder Ausbau der öffentlichen Dienstleistungen.

Das wäre im Grunde eine Debatte über die Zukunft der menschlichen Zivilisation: gehen wir weiter den Weg der sozialen Polarisierung, des Demokratieabbaus, der Konkurrenz, oder eröffnen wir uns den Weg in eine solidarische Gesellschaft jenseits der kapitalistischen Profitlogik?